

- CSU-Chef Seehofer bleibt zwar Gebührenfan, rüffel aber die Ausgabenpraxis
- Niedersachsen will Debatte über Beiträge aussitzen

MANUEL BEWARDER

Markus Voeth hat bereits Tschüss gesagt.

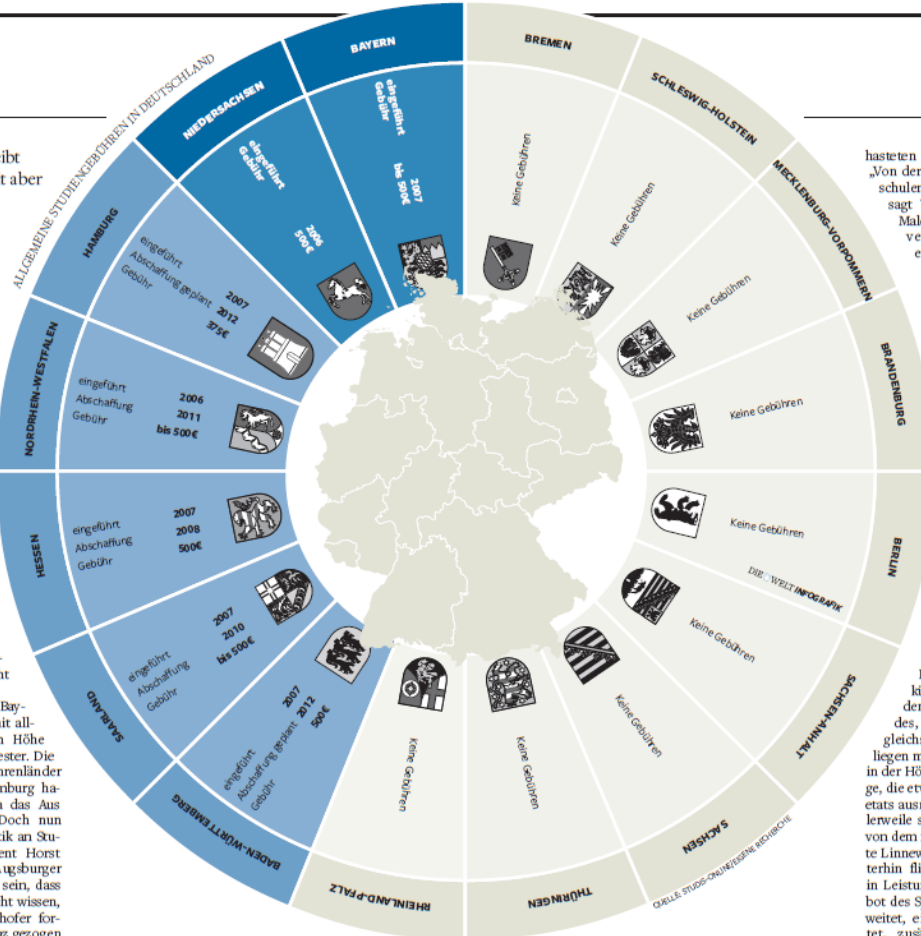
Der Marketingprofessor der Universität Hohenheim hat in diesem Jahr zum letzten Mal den „Gebührencompass“ zusammengestellt. Gemeinsam mit Kollegen hatte er seit fünf Jahren Studenten, die Gebühren zahlen, nach ihrer Zufriedenheit mit dem Bezahlstudium gefragt. Damit ist nun Schluss Voeths Logik: Wenn Gebühren überall in Deutschland abgeschafft werden, braucht man auch nicht mehr danach zu fragen.

Allein Niedersachsen und Bayern planen auch in Zukunft mit allgemeinen Studiengeldern in Höhe von bis zu 500 Euro pro Semester. Die anderen verbliebenen Gebührenländer Baden-Württemberg und Hamburg haben nach Regierungswechseln das Aus für Gebühren angeündigt. Doch nun wächst auch in Bayern die Kritik an Studiengeldern. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) sagte der „Augsburger Allgemeinen“: „Es kann nicht sein, dass wir Gebühren erheben und nicht wissen, wofür wir sie ausgeben.“ Seehofer fordert, dass bis Herbst eine Bilanz gezogen wird. Vom Koalitionspartner FDP preschte die bayerische Generalsekretärin Miriam Gruß hervor. Laut „Süddeutscher Zeitung“ hatten die Liberalen im Präsidium einen Vorstoß unternommen, um Studiengeldern bald abzuschaffen.

Die Frage lautet also: Wie lange werden die letzten beiden Gebührenländer noch durchhalten und dem bundesweiten Trend widerstehen? Dabei war das Bezahlstudium lange in Mode: Im Jahr 2006 kippte das Bundesverfassungsgericht das bundesweite Verbot von Studiengeldern. Kurz darauf baten bereits sieben Länder zur Kasse. Doch der Gebühren-Boom setzte sich nicht fort. Kein anderes Bundesland zog nach. Im Gegenteil: Nach und nach sorgten nach Regierungswechseln vor allem Grüne und Sozialdemokraten für ein Gebühren-Aus.

In Bayern tobt seit Monaten eine Debatte über Studiengeldern. Ein Hauptkritikpunkt zielt auf das von Seehofer angenommene Problem: Im Freistaat nehmen die Hochschulen pro Jahr rund 150 Millionen Euro an Gebühren ein. Diese müssen zweckgebunden für bessere Studienbedingungen ausgegeben werden. Das Problem: Viele Hochschulen oder Fakultäten büxern die Gelder – sie investieren weniger, als sie kassieren.

Das bayerische Wissenschaftsministerium hält nichts davon, die Gebühren wegen der langsamen Ausschüttung infrage zu stellen. Die Hochschulen bauten den angehäuften Sozialen derzeit ab, so eine Sprecherin. Wissenschaftsminister



hasteten Einführung zusammenhängt. „Von der Politik her hat man die Hochschulen mit dem Thema überfahren“, sagt Voeth. „Sie sollen mit einem Male Studiengeldern erheben, verwalten und dann noch sinnvoll einsetzen. An diesen Aufgaben sind die Hochschulen anfänglich größtenteils gescheitert.“

Laut den Befragungen ist der Unmut über den offenbar verzerrten Umgang mit den Geldern sogar in den Ländern gewachsen, die sich von Gebühren verabschiedet haben. Voeth: „Die Ablehnung von Studiengeldern ist danach noch höher als in der Zeit mit Gebühren.“

Wenn ein Land Gebühren abschafft, wächst die Sorge vor fehlenden Einnahmen. Die Länder versprechen zwar meist Kompensationszahlungen. Doch im Fall von Hessen zeigt sich, wie unsicher diese sein können: Dort wurde der Ausfall zu nächst voll ausgeglichen, ein Jahr später aber wurde der

Erat der Hochschulen stark gekürzt. Volker Linneweber, Präsident der Universität des Saarlandes, rechnet fest mit den Ausgleichszahlungen seines Landes. Sie liegen mit zehn Millionen Euro in etwa in der Höhe wie zuvor die Studienbeiträge, die etwa fünf Prozent des Hochschulnetzes ausmachen. „Das Thema ist mittlerweile so im Fokus, dass sich das Land von dem nicht verabschieden kann“, sagte Linneweber dieser Zeitung. Auch weiterhin fließen zusätzliche Mittel direkt in Leistungen für Studenten: Das Angebot des Sprachenzentrums wurde ausgeweitet, ein Mentorenprogramm gestartet, zusätzliches Lehrpersonal eingestellt. „Ich bin weiterhin für Gebühren“, sagt Linneweber, „weil sie zu einem anderen Anspruchsniveau der Studierenden führen.“ Diese forderten endlich mehr ein.

Während in Bayern die Diskussion über Gebühren hochzockt, bleibt es in Niedersachsen still. Der Präsident der Leibniz Universität Hannover, Erich Barke, hängt an seinen Gebühren. „Die deutschen Hochschulen sind nach wie vor unterfinanziert“, so Barke der „Welt“. „Durch Studiengeldern wird die Situation für Studierende eindeutig verbessert.“ Derzeit hat seine Uni 180 Mitarbeiter darüber eingestellt. Denen müssten man bei einem Wegfall kündigen.

Barke wurmt, dass es bei Gebühren einen Flickenteppich auf der Landkarte gibt. Ihm fehlt ein deutlicher Kurs. „Ein Land wie die Bundesrepublik muss sich entscheiden, was beim Thema Bildung zentschieden sein soll und wofür bezahlt werden muss“, findet er. „So etwas darf nicht von der politischen Farbenleue in den Bundesländern abhängen.“

Das niedersächsische Wissenschaftsministerium versucht, den bayerischen Sturm um die Gebühren vorbeiziehen zu lassen. Kein Kommentar derzeit von Ministerin Johanna Wanka (CDU), heißt es. Solange nichts anderes beschlossen sei, bleibe es bei Gebühren. Was passiert, wenn Bayern doch bald das Aus verkündet? Für Uni-Präsident Barke steht fest: „Niedersachsen würde es wohl nicht als einziges Bundesland durchstehen.“

Abgesang auf die Studiengeldern

Noch halten Niedersachsen und Bayern am Bezahlstudium fest. Doch erstmals stellt es die Politik im Freistaat infrage

„Niedersachsen würde es wohl nicht als einziges Bundesland durchstehen“

Erich Barke, Präsident der Leibniz Universität Hannover

Wolfgang Heubisch (FDP) ist auch deshalb anderer Meinung als seine Parteifreundin Gruß. „In Bayern haben wir uns für Studienbeiträge entschieden, weil wir dadurch die Qualität der Lehre entscheidend verbessern konnten“, sagte Heubisch der „Welt“. Er hält die Beiträge durch Kredite und Ausnahme Regelungen für „sozial gut abgefedert“. „Dies alles nun wieder abzuschaffen, nur weil sich andere Landesregierungen dagegen entscheiden, ist wenig plausibel.“

Ähnlich sieht es eigentlich auch Seehofer. Sein Rüffel bezog sich auf die störende Ausgabenpraxis. Generell stellt er Gebühren bisher wie die CSU-Landtagsfraktion nicht infrage. Doch erstmals äußerte er deutlichen Groll über den Umgang mit den Millionen.

Die Befürworter führen zur Verteidigung immer wieder ein Argument an: Gebühren seien aus sozialen Gründen sinnvoll. Ohne diese Beiträge finanziere die große Masse der nicht studierten Bevölkerung die Ausbildung der später gut verdienenden Akademiker. Sozial gerecht, bessere Studienbedingungen – es werden gute Argumente für Studiengeldern vorgebracht. Doch die Studenten haben nicht gelernt, die Gebühren zu lieben, fand Marketingprofessor Voeth heraus. Bei der ersten Umfrage 2007 waren bereits 60 Prozent gegen Gebühren. Und die Ablehnung nahm zu: „In diesem Jahr sind noch mehr Studierende, nämlich 64 Prozent, dagegen“, sagt Voeth.

Für den Marketingprofessor ist klar, dass die Unzufriedenheit mit einer über-